

---

# Verfahrens- und Prozessrecht in Amts-, Staatshaftungs- und Entschädigungsverfahren

---

Peter Itzel • Karin Schwall • Bernd Rohlfig

# Verfahrens- und Prozessrecht in Amts-, Staatshaftungs- und Entschädigungsverfahren

2. Auflage

 Springer

Peter Itzel  
Koblenz, Deutschland

Karin Schwall  
Koblenz, Deutschland

Bernd Rohlfing  
Göttingen, Deutschland

ISBN 978-3-662-66631-9      ISBN 978-3-662-66632-6 (eBook)  
<https://doi.org/10.1007/978-3-662-66632-6>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer

© Der/die Herausgeber bzw. der/die Autor(en), exklusiv lizenziert an Springer-Verlag GmbH, DE, ein Teil von Springer Nature 2017, 2023

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von allgemein beschreibenden Bezeichnungen, Marken, Unternehmensnamen etc. in diesem Werk bedeutet nicht, dass diese frei durch jedermann benutzt werden dürfen. Die Berechtigung zur Benutzung unterliegt, auch ohne gesonderten Hinweis hierzu, den Regeln des Markenrechts. Die Rechte des jeweiligen Zeicheninhabers sind zu beachten.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag, noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Springer ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer-Verlag GmbH, DE und ist ein Teil von Springer Nature.

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Heidelberger Platz 3, 14197 Berlin, Germany

---

## Vorwort

Neben den zahlreichen materiell-rechtlichen Problemen im Amts-, Staatshaftungs- und Entschädigungsrecht als Fallrecht mit weit mehr als 50 ganz unterschiedlich ausgeformten Anspruchsgrundlagen tauchen immer wieder verfahrens- und prozessrechtliche Fragestellungen auf, die mitunter bereits auf der Zulässigkeitsstufe wie auch bei der Begründetheit zu vermeidbaren Abweisungen von ansonsten begründeten Klagen führen. Durch die regelmäßig anzutreffende Prozesssituation bedingt, dominiert bei der nachfolgenden Darstellung die Sicht und Interessenlage des geschädigten Bürgers. Aktivprozesse der öffentlichen Hand (Bund, Land und Kommunen) sind eher die Ausnahme und werden in ihren Besonderheiten gegen Ende (in Kap. „Weitere Besonderheiten bei Verfahren der öffentlichen Hand – Aktiv- und Passivprozesse“) dargestellt werden. Damit stehen die Fragen zur Zulässigkeit, dem gewollten Klageziel und Anspruchsinhalt und dem richtigen Rechtsweg, einzuhaltende Fristen und Vorverfahren im Vordergrund. Hier findet sich auch ein gedrängter Überblick zu den relevanten Anspruchsgrundlagen im Amts-, Staatshaftungs- und auch im Entschädigungsrecht. Gefolgt werden die Probleme in der Beratungssituation von Fragen rund um die Klageerhebung und im Verfahren mit den sich daran anschließenden Problemfeldern zu Rechtsmittel und Vollstreckung.

Die wichtigsten Problemfelder werden nachfolgend ablauf- und prozessorientiert dargestellt. Dabei werden diese mit bereits vorliegenden – meist höchstrichterlichen – Entscheidungen verdeutlicht. Es ist auch darauf hinzuweisen, dass dieser Haftungsbereich „seiner Natur nach offenbar ein geborenes Anwendungsfeld für *case law*“ ist.<sup>1</sup>

Schon jetzt ist darauf hinzuweisen, dass materielles Recht und Prozessrecht gerade in diesem Haftungsbereich miteinander verschränkt sind und auch die nachfolgenden Ausführungen wie auch die anwaltliche Beratung stets diese Bezüge mitberücksichtigen müssen.<sup>2</sup>

Zunächst wird mit dem Mandanten zu klären sein, welches Ziel er verfolgen möchte. Benötigt er die bislang abgelehnte Baugenehmigung oder verlangt er Schadensersatz nach deren rechtskräftiger Ablehnung? Begehrt er Ersatz für Verzögerungen in gerichtlichen Verfahren oder möchte er Schadensersatz wegen eines

---

<sup>1</sup>Ossenbühl/Cornils S. 5

<sup>2</sup>So auch Schlick (2010, S. 1484).

rechtswidrig verzögerten Zuschlags in einem Zwangsversteigerungsverfahren mit unzutreffendem Wertgutachten? Bereits auf dieser Stufe finden die entscheidenden Weichenstellungen zu Rechtsweg, Anspruchsvoraussetzungen und zum richtigen Prozessverhalten (u. a. Vorverfahren, Darlegungslast) statt. Dabei sind bereits in diesem frühen Stadium der Entwicklung einer rechtlichen Auseinandersetzung Fragen der Anspruchsgrundlagen häufig mit unterschiedlichen Rechtswegzuweisungen,<sup>3</sup> vorrangige Rechtsschutzmöglichkeiten,<sup>4</sup> Zulässigkeitsvoraussetzungen einzelner Anspruchsgrundlagen<sup>5</sup> sowie die oft nicht unproblematische Verantwortlichkeit (Passivlegitimation) zu berücksichtigen.

Die nachfolgenden Ausführungen decken sicherlich nicht jedes Einzelfallproblem in verfahrensrechtlicher Hinsicht ab. Sie wenden sich in erster Linie auch an die Kolleginnen und Kollegen, die nicht ständig mit dieser anspruchsvollen Rechtsmaterie befasst sind. Die Darstellung orientiert sich an den in der rechtsanwaltlichen Beratungspraxis und der forensischen Realität schwerpunktmäßig auftretenden Problemfeldern, die auch zum großen Teil ihren Niederschlag in den nachfolgend dargestellten, zitierten und in Leitsätzen geordneten Entscheidungen von BGH und Obergerichten gefunden haben.<sup>6</sup> Die Ausführungen sollen ermöglichen, Fehler mit den sich hieraus ergebenden Problemen zu vermeiden, den Mandanten zielgerichtet und effektiv zu beraten und so auch die bestehenden Risiken einzuschätzen und dementsprechend zu minimieren. Sicherlich bestehen neben den dargestellten zahlreiche weitere Problemfelder auf den genannten Rechtsfeldern. Insoweit beschränken sich nachfolgende Ausführungen auf eine von den Autoren auch auf Grundlage der Erfahrungen in zahlreichen Fortbildungsveranstaltungen bewusst gewählte Auswahl nach Relevanz unter Berücksichtigung vorliegender Entscheidungen.

Für Anregungen und Hinweise aus dem Kreis der Nutzer dieses Buches sind wir, die Autoren, sehr aufgeschlossen und dankbar.

Koblenz, Deutschland,  
Göttingen, Deutschland  
Oktober 2022

Dr. Peter Itzel  
Karin Schwall  
Prof. Dr. Bernd Rohlfing

---

<sup>3</sup>S. Impfschäden sowie Ansprüche nach dem Tiergesundheitsgesetz in Verbindung mit Amtshaftungsansprüchen – näher dazu unten Rn. 59 f., 61, 88 ff., 92 f.

<sup>4</sup>Z. B. in Planfeststellungsverfahren, näher dazu unten Rn. 18 ff.

<sup>5</sup>Z. B. § 839 Abs. 1 Satz 2, Abs. 3 BGB.

<sup>6</sup>S. insb. auch unten „Wichtige Entscheidungen in Leitsätzen“ (im Anhang).

---

# Inhaltsverzeichnis

<b>Kapitel I: Vorüberlegungen und erste Maßnahmen</b> .....	1
<b>Kapitel II: Prüfungsstationen vor Klageerhebung</b> .....	63
<b>Kapitel III: Die Erhebung der Klage und die Durchführung des gerichtlichen Verfahrens.</b> .....	115
<b>Kapitel IV: Rechtsmittelverfahren und Vollstreckung</b> .....	207
<b>Kapitel V: Weitere Besonderheiten bei Verfahren der öffentlichen Hand – Aktiv- und Passivprozesse.</b> .....	219
<b>Zusammenfassung und Ausblick</b> .....	233
<b>Literatur</b> .....	247
<b>Sachregister</b> .....	251

---

# Abkürzungsverzeichnis

a. A.	anderer Ansicht
a. a. O.	am angegebenen Ort
Abs.	Absatz
AG	Amtsgericht, Aktiengesellschaft
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
allg.	allgemein, allgemeine
Alt.	Alternative
a. M.	anderer Meinung
Anm.	Anmerkung
Art.	Artikel
AtomG	Atomgesetz
Aufl.	Auflage
AUR	Agrar- und Umweltrecht
ausdr.	ausdrücklich
BADK	Bundesarbeitsgemeinschaft Deutscher Kommunalversicherer
BAnz.	Bundesanzeiger
BauGB	Baugesetzbuch
BayOLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BB	Betriebs-Berater
BBesG	Bundesbesoldungsgesetz
BBodSchG	Bundes-Bodenschutzgesetz
Bd.	Band
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz
BeamtVG	Beamtenversorgungsgesetz
Bem.	Bemerkung
Beschl.	Beschluss
bestr.	bestritten
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
Bl.	Blatt

---

BRAK-Mitt.	Mitteilungen der Bundesrechtsanwaltskammer
Bsp.	Beispiel
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
c. i. c.	culpa in contrahendo; Verschulden bei, vor Vertragsschluss
CR	Computer und Recht (Zeitschrift für die Praxis des Rechts der Informationstechnologien)
d. h.	das heißt
Diss.	Dissertation
Drucks.	Drucksache
EG	Europäische Gemeinschaft(-en), Einführungsgesetz
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
Einl.	Einleitung
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
e. V.	eingetragener Verein
evtl.	eventuell
f., ff.	(fortlaufend) folgende (Seiten)
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
FStrG	Bundesfernstraßengesetz
GBO	Grundbuchordnung
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
gem.	gemäß
GewO	Gewerbeordnung
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GMG	Gesundheitsmodernisierungsgesetz 2003
GoA	Geschäftsführung ohne Auftrag
GPSG	Gesetz über technische Arbeitsmittel und Verbraucherprodukte (Geräte- und Produktsicherheitsgesetz)
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
HaftPflG	Haftpflichtgesetz
Halbs.	Halbsatz
HGB	Handelsgesetzbuch
h. L.	herrschende Lehre
h. M.	herrschende Meinung
Hrsg.	Herausgeber
i. Allg.	im Allgemeinen

---

IBR	Immobilien- & Baurecht (Zeitschrift)
i. d. R.	in der Regel
IfSG	Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen
IMPP	Institut für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen
i. S.	im Sinne
i. ü.	im übrigen
i. V. m.	in Verbindung mit
JR	Juristische Rundschau
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
Kfz	Kraftfahrzeug
KG	Kammergericht
LBauO	Landesbauordnung
lfd.	laufend, laufende
LG	Landgericht
LHO	Landeshaushaltsordnung
LKRZ	Zeitschrift für Landes- und Kommunalrecht Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland
Ls	Leitsatz
LStrG	Landesstraßengesetz
LuftVG	Luftverkehrsgesetz
LWG	Landeswassergesetz
MDK	Medizinischer Dienst der Krankenkassen
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
m. E.	meines Erachtens
MedR	Medizinrecht
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
Nachw.	Nachweis
n. F.	neue Fassung
NJW (-RR)	Neue Juristische Wochenschrift (Rechtsprechungs-Report)
Nr.	Nummer
n. rkr.	nicht rechtskräftig
NZS	Neue Zeitschrift für Sozialrecht
NZV	Neue Zeitschrift für Verkehrsrecht
OEG	Gesetz über Entschädigung für Opfer von Gewalttaten – Opferentschädigungsgesetz
OLG	Oberlandesgericht
OLGR	OLG Report – bei der Belegstelle wird von der Wiederholung der Gerichtsbezeichnung abgesehen
OLGZ	Entscheidungen der Oberlandesgerichte in Zivilsachen
OVG	Oberverwaltungsgericht
OwiG	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
pFV	positive Forderungsverletzung
PKH	Prozesskostenhilfe

---

POG	Polizei- und Ordnungsbehördengesetz
ProdSG	Produktsicherheitsgesetz
PsychKG	Landesgesetz für psychisch kranke Personen
pVV	positive Vertragsverletzung
RGBL.	Reichsgesetzblatt
Richtl.	Richtlinie
RLP	Rheinland-Pfalz
Rn.	Randnummer
RuP	Recht und Psychiatrie
s.	siehe
S.	Seite, Satz
SG	Soldatengesetz
SGB	Sozialgesetzbuch
s. o.	siehe oben
sog.	sogenannt
StGB	Strafgesetzbuch
str.	streitig
st. Rechtspr.	ständige Rechtsprechung
StrEG	Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen – Strafrechtsentschädigungsgesetz
StVollzG	Gesetz über den Vollzug der Freiheitsstrafe und der freiheitsentziehenden Maßregeln der Besserung und Sicherung – Strafvollzugsgesetz
s. u.	siehe unter, unten
SV	Sachverständiger
SVG	Soldatenversorgungsgesetz
TierGesG	Tiergesundheitsgesetz
TierSG	Tierseuchengesetz
u.	und
u. a.	unter anderem
u. Ä.	und Ähnliche, Ähnliches
umstr.	umstritten
unstr.	unstreitig
Urt.	Urteil
usw.	und so weiter
u. U.	unter Umständen
UVeG	Unfallversicherungseinordnungsgesetz v. 7.8.1996
v.	von, vom
VA	Verwaltungsakt
v. A. w.	von Amts wegen
Verf.	Verfassung, Verfahren
Vfg.	Verfügung
VG	Verwaltungsgericht
vgl.	vergleiche
VKS	Verkehrssicherungspflicht

---

VO	Verordnung
Vorschr.	Vorschrift
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
WertV	Wertermittlungsverordnung
wg.	Wegen
WHG	Wasserhaushaltsgesetz
WM	Wertpapier-Mitteilungen, Zeitschrift für Wirtschaft- und Bankrecht
zahlr.	zahlreich, zahlreiche
z. B.	zum Beispiel
ZfS	Zeitschrift für Schadensrecht
ZPO	Zivilprozessordnung
z. T.	zum Teil
zutr.	zutreffend
z. Z.	zurzeit